



Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj hat einem von Russland vorgeschlagenen beiderseitigen Stopp von Angriffen auf Energieinfrastruktur für 30 Tage zugestimmt. Dies könnte ein erster Schritt zu einem umfassenderen Waffenstillstand sein.

Die Entscheidung traf Selenskyj nach einem Telefonat mit Donald Trump, der das Gespräch als „sehr gut“ beschrieb. Selenskyj nannte es „positiv, sehr substanziell und offen“ und betonte, dass er Trump für die Unterstützung der USA gedankt habe.

Das Gespräch fand einen Tag nach Trumps Telefonat mit Wladimir Putin statt. Es war das erste Mal, dass Trump und Selenskyj seit ihrem misslungenen Treffen im Oval Office im letzten Monat wieder miteinander sprachen.

Trump brachte zudem die Idee ins Spiel, dass die USA die Kontrolle über ukrainische Kraftwerke übernehmen könnten – ein Vorschlag, den ukrainische Energieexperten als kaum umsetzbar bezeichneten. Das Weiße Haus kündigte an, dass in den kommenden Tagen Gespräche in Saudi-Arabien stattfinden werden, um die Waffenruhe möglicherweise auf Aktivitäten im Schwarzen Meer auszuweiten – mit dem Ziel eines vollständigen Waffenstillstands.

Nächste Schritte

Selenskyj betonte, dass eine Überwachung durch die USA notwendig sei. Kiew werde eine Liste von Objekten erstellen, die besonderen Schutz benötigen. „Putins bloße Zusicherung, keine Energieanlagen anzugreifen, reicht nicht aus“, sagte er. „Der Krieg hat uns pragmatisch gemacht.“

Analyse

Obwohl viele der Punkte, die Putin in seinem Gespräch mit Trump erwähnt hat, als Zugeständnisse dargestellt wurden, hat der russische Präsident in Wirklichkeit kaum nachgegeben.

Kanada rückt näher an Europa

Angesichts wachsender Spannungen mit den USA unter Präsident Trump führt Kanada



Gespräche über eine Beteiligung an einem europäischen Rüstungsprojekt. Ziel ist es, kanadische Unternehmen in die Produktion europäischer Kampfflugzeuge und anderer militärischer Ausrüstung einzubinden.

Dies soll sowohl die europäische Verteidigungsindustrie stärken als auch Kanada eine Alternative zum amerikanischen Markt bieten. Der neue kanadische Premierminister Mark Carney besuchte in dieser Woche Paris und London auf seiner ersten Auslandsreise seit Amtsantritt. Dabei bezeichnete er Kanada als „das europäischste nicht-europäische Land“.

Hintergrund

Kanada ist traditionell ein wichtiger Rüstungslieferant der USA. Kanadische Fabriken produzieren Munition, Panzer, Flugzeuge, Verteidigungstechnologien und Kriegsschiffe. Eine Analyse aus dem Jahr 2022 ergab, dass der Großteil kanadischer Militärgüter in die USA exportiert wurde.

Was als Nächstes kommt

Die geplante Partnerschaft mit der EU wird Jahre brauchen, um Wirkung zu zeigen. Die europäische Verteidigungsindustrie leidet seit langem unter Unterfinanzierung und der Dominanz der USA. Die Bestände der EU-Mitgliedstaaten wurden durch die Waffenlieferungen an die Ukraine zusätzlich geschwächt.

Israel besetzt neues Gebiet im Gazastreifen

Israelische Truppen haben ihre Bodenoffensive im Gazastreifen ausgeweitet und eine wichtige Verkehrsachse besetzt. Dies ist die größte militärische Operation seit dem Zusammenbruch der Waffenruhe mit der Hamas.

Die Soldaten führen „gezielte Bodenoperationen“ entlang des sogenannten Netzarim-Korridors durch, um eine „teilweise Pufferzone“ zwischen dem nördlichen und südlichen Gazastreifen zu schaffen, teilte das israelische Militär mit.

Der Vorstoß folgt auf massive Luftangriffe, die bereits am Dienstag begonnen hatten. Hamas hat bislang militärisch nicht darauf reagiert. In Jerusalem forderten Tausende Demonstranten



eine erneute Waffenruhe.

Weitere wichtige Nachrichten

Jemen: Präsident Trump erklärte, dass die Huthi-Milizen durch US-Militärschläge „vollständig vernichtet“ werden würden, und forderte den Iran auf, „sofort“ die militärische Unterstützung für sie einzustellen.

Afrika: Die Präsidenten der Demokratischen Republik Kongo und Ruandas forderten eine Waffenruhe im tödlichen Konflikt zwischen der kongolesischen Armee und einer von Ruanda unterstützten Rebellengruppe.

Türkei: Die türkischen Behörden haben den Bürgermeister von Istanbul, einen der größten politischen Rivalen von Präsident Recep Tayyip Erdoğan, verhaftet – kurz bevor er als Präsidentschaftskandidat der Opposition nominiert werden sollte.

USA: Die US-Notenbank Federal Reserve hat ihre Zinssenkungen erneut aufgeschoben. Trumps aggressive Handelspolitik und Zollerhöhungen sorgen für wirtschaftliche Unsicherheit.

Technologie: Die EU beschuldigt Apple und Google, kleinere Wettbewerber unfair aus dem Markt zu drängen – eine weitere Belastung für die transatlantischen Beziehungen.

Papst Franziskus: Laut Vatikan verbessert sich die Gesundheit des Papstes. Dennoch halten sich Verschwörungstheorien hartnäckig.

Myanmar: Der Anführer einer bewaffneten Gruppe, die die Rohingya-Muslime vertritt, wurde bei einer Razzia in Bangladesch festgenommen.

Mexiko: Das Parlament von Mexiko-Stadt hat den traditionellen Stierkampf verboten. Eine gewaltfreie Version mit reinen Showelementen bleibt erlaubt.

Großbritannien: Zwei Männer wurden für den Diebstahl und Verkauf einer 18-karätigen goldenen Toilette verurteilt.

Klima: Die vergangenen zehn Jahre waren laut UN-Bericht die wärmsten in fast 200 Jahren



Temperaturaufzeichnung.

Brasilien: Ein brasilianischer Abgeordneter, Sohn des ehemaligen Präsidenten Jair Bolsonaro, hat angekündigt, in den USA Asyl zu beantragen.